

WP-5 Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 5 des Landeswahlprogramms (Familie, Bildung, Ausbildung, Studium, Gesundheit, Drogen, Pflege, Senior*innen)

Berlin ist für alle da. Vom ersten Atemzug bis ins hohe Alter. Eine Stadt, die Kinder stark macht, jungen Menschen Chancen eröffnet und Älteren Selbstbestimmung ermöglicht. Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, das für alle Generationen und unabhängig von Einkommen oder Herkunft gut funktioniert: gerecht, fürsorglich und zukunftsorientiert. Denn das Leben in Berlin ist vielfältig, bunt und oft herausfordernd und verdient Strukturen, auf die wir uns verlassen können.

Deshalb setzen wir auf starke Unterstützung von Anfang an. Mit passgenauer Familienförderung, guter frühkindlicher Bildung, besten Chancen in der Schule und echter Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche. Familien sollen sich auf diese Stadt verlassen können: mit unterstützender Betreuung, Beratung und Freizeitangeboten, die für alle gut zugänglich sind. Jungen Erwachsenen wollen wir Perspektiven eröffnen – mit starken Hochschulen, angeleiteter Berufsorientierung, fairen Ausbildungsbedingungen und bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Azubis. Ein Berlin, das Kinder fördert, Familien stärkt und junge Menschen ernst nimmt, legt das Fundament für eine solidarische und gerechte Stadtgesellschaft.

Doch Verantwortung endet nicht mit dem Schulabschluss. Ein gutes Leben in Berlin bedeutet auch, gesund zu bleiben, gut versorgt zu sein, wenn Pflege nötig wird, und selbstbestimmt alt zu werden. Wir machen Berlin zur altersfreundlichen Stadt, in der niemand übersehen wird: mit sicheren Wegen, barrierefreien Wohnungen und Orten der Begegnung. So entsteht ein Berlin, das zusammenhält – ein Leben lang.

5.1. Familienfreundliches Berlin – gut versorgt, von Beginn an

Bildungsgerechtigkeit beginnt in der Familie. Nur wenn Kinder und Jugendliche von Beginn an optimal gefördert werden, können sie ihr Potenzial voll entfalten. Deshalb arbeiten wir Bündnisgrüne an einer Stadt, die jungen Familien als starke Partnerin in allen Lebenslagen den Rücken stärkt. Dabei unterstützen wir alle Familien – ob verheiratet oder verpartnert, getrennt oder alleinerziehend oder Regenbogenfamilie: Familie ist da, wo Menschen generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen. Und wir stehen an ihrer Seite!

Bisher sind Eltern viel zu sehr in der Holschuld: bei der Beantragung des Elterngelds, des Kita- oder Hortgutscheins, bei der Suche nach einer wohnortnahen kinderärztlichen Versorgung oder bei der Recherche nach passgenauen Unterstützungsangeboten. Das wollen wir ändern und als verlässlicher Partner Unterstützungs- und Beratungsangebote direkt zu den Familien bringen und sicherstellen, dass sie frühzeitig auch von allen genutzt werden können. So schaffen wir Strukturen, in denen Kinder und Jugendliche unabhängig von Informationszugang oder Geldbeutel der Eltern gefördert werden und Familien in Notlagen schnelle Hilfe bekommen, wenn sie diese brauchen.

38 Wir Grüne sind der Überzeugung, dass junge Menschen eine starke Stimme haben. Deshalb setzen
39 wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche diese Stimme erheben und Mitbestimmung auf
40 Augenhöhe erleben können.

41 Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass auch die Schwächsten unserer Gesellschaft die
42 Rahmenbedingungen bekommen, die sie brauchen, um sich frei entfalten zu können: Wir setzen
43 uns für die verlässliche Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter und für
44 bessere Angebote in der Gesundheitsförderung psychisch erkrankter und neurodivergenter
45 Kinder und Jugendlicher ein.

46 Wir wissen: Berliner Familien stehen oft unter enormem Druck. Gleichzeitig führen die
47 massiven Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienarbeit dazu, dass es immer schwerer
48 sein wird, dringend notwendige Unterstützung zu finden. Die Qualität frühkindlicher
49 Bildungsangebote reicht trotz des Ausbaus der letzten Jahre noch immer nicht aus, um allen
50 Kindern die gleichen Startchancen ins Leben zu bieten. Kinder und Jugendliche brauchen
51 Räume, in denen sie sich entfalten können. Kürzungen bei Frei- und Erlebnisräumen, wie
52 Spielplätzen, Familienzentren oder Jugendfreizeiteinrichtungen, sind nicht hinnehmbar und
53 gefährden die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Deshalb ist auch in Zeiten knapper Kassen
54 für uns klar: Berlin kann es sich nicht leisten, das große Potenzial zu verlieren, das die
55 nächste Generation in sich trägt. Wir Bündnisgrüne wollen eine Stadt, die
56 Familienfreundlichkeit nicht nur im Namen trägt, sondern die dafür sorgt, dass Familien und
57 junge Menschen gestärkt durchs Leben gehen – von Beginn an.

58 Familienberatung ohne Hürden ermöglichen

59 In Familien werden die Grundlagen für das Leben der Kinder gelegt. Weil die ersten
60 Lebensmonate dabei die Weichen entscheidend stellen, werden wir Eltern hier gezielt Hilfe
61 zukommen lassen, indem wir aufsuchende und unterstützende Angebote für Eltern und Kind vor,
62 um und nach der Geburt stärken. Dafür wollen wir Familienförderung und Beratungsangebote
63 niedrigschwellig und breiter zugänglich machen. So möchten wir frühe Hilfen einfacher
64 erreichbar machen und entsprechende Programme fördern. Die U-Untersuchungen bei Neugeborenen
65 wollen wir nutzen, um die ganze Familie mit ihren Bedürfnissen in den Blick zu nehmen; dafür
66 ermutigen wir Kinderärzt*innen, beispielsweise mit dem UplusE-Programm, das die U-
67 Untersuchungen für Babys und Kleinkinder nutzt, um auch Elterngesundheit zu überprüfen,
68 gezielt auch die psychische Gesundheit der Mutter in den Blick zu nehmen. Denn psychische
69 Belastungen bei Eltern können langfristig schwerwiegende Folgen für die Entwicklung der
70 Kinder haben.

71 Wenn Menschen Eltern werden, wollen sie das Beste für ihr Kind. Dass nicht alle Familien es
72 schaffen, ihren Kindern gute Startbedingungen zu geben, liegt oft an den Umständen, in denen
73 sie leben. Hilfe muss deshalb für Familien dauerhaft niedrigschwellig zugänglich sein.
74 Deshalb wollen wir den wohnortnahen Ausbau der Familienservicebüros weiterentwickeln und die
75 Familienservicebüros so aufstellen, dass Eltern dort nicht nur Hilfe bei der Kitaplatzsuche
76 und bei Behördengängen oder dem Ausfüllen wichtiger Anträge erhalten, sondern auch eine
77 psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen können. Unterstützung kommt dann besonders gut an,
78 wenn sie dort angeboten wird, wo Familien sich ohnehin aufhalten. Deshalb wollen wir an
79 Kitas angedockte Familienzentren und die Kitasozialarbeit ausbauen.

80 Zugang zu Kitaplätzen vereinfachen

81 Damit alle Familien einen unkomplizierten Zugang zu Kitas haben, vereinfachen wir den
82 Anmeldeprozess: In Zukunft sollen alle Familien zum ersten Geburtstag ihres Kindes

83 automatisch einen Kitagutschein mit mehrsprachigem Begleitbrief erhalten. Ein beiliegender
84 QR-Code führt direkt zu wohnortnahen Beratungsangeboten und Terminen zu Kitaplatzvermittlung
85 und Beratungen – so werden Informationen und Zugänge leicht verständlich und für alle real
86 nutzbar.

87 Kita als bedeutsamen Lern- und Lebensraum begreifen

88 Die Kita stellt in unserem Verständnis mehr als nur eine Betreuungseinrichtung dar – sie ist
89 der Ort frühkindlicher Bildung, ein bedeutsamer Lern- und Lebensraum für Kinder. Hier werden
90 nicht nur grundlegende soziale und emotionale Kompetenzen gefördert, sondern auch Neugier,
91 Kreativität und Selbstständigkeit angeregt. Ein breites Bildungsverständnis zeigt sich
92 darin, dass Bildung als ganzheitlicher Prozess verstanden wird, der jedes Kind in seiner
93 Einzigartigkeit ernst nimmt und in Alltagssituationen, Spiel und Beziehungen verankert ist.
94 Das muss sich auch im inhaltlichen Fundament des Berliner Kitasystems, dem Berliner
95 Bildungsprogramm, widerspiegeln. Erzieher*innen sollen ihren vielfältigen,
96 verantwortungsvollen Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Deshalb wollen wir den
97 Betreuungsschlüssel in Kitas weiter verbessern.

98 Auch die Sprachförderung in Kitas wollen wir weiter ausbauen, damit alle Kinder gut ins
99 Leben starten können. Das heißt zum einen, dass auch muttersprachliche Kompetenzen bei
100 Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, besser gefördert werden müssen und
101 sprachliche Vielfalt als Gewinn wertgeschätzt wird. Zum anderen bedeutet es, dass Kinder,
102 deren Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichend entwickelt sind, um nach der
103 Einschulung dem Unterricht folgen zu können, frühzeitig besser unterstützt werden müssen.
104 Nach Hamburger Vorbild wollen wir deshalb nach der Sprachstandserhebung bei Vierjährigen
105 verbindlich entsprechende Förderangebote implementieren.

106 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen unterstützen

107 Besonders junge Menschen in schwierigen Lebenslagen benötigen verlässliche Unterstützung, um
108 gut aufwachsen zu können. Dort, wo Eltern diese Unterstützung nicht leisten können, ist der
109 Staat in der Pflicht. Wir Grüne wollen deshalb längerfristig die Angebote der schulischen
110 Rehabilitation von psychisch erkrankten und neurodivergenten Jugendlichen ausbauen, indem
111 wir Hilfen zur Erziehung, ambulante Psychiatrie und Schule an einem Standort miteinander
112 verknüpfen, wie es beispielsweise am Zentrum für Schulische und Psychosoziale Rehabilitation
113 Westend bereits erfolgreich umgesetzt wird.

114 Für unbegleitete Minderjährige bieten ehrenamtliche Vormunde Schutz und Orientierung. Wir
115 wollen sie deshalb durch eine finanzielle Förderung stärken und mit einer Kampagne mehr
116 ehrenamtliche Vormunde gewinnen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit, um
117 hier anzukommen. Dafür benötigen sie rasch ein stabiles Wohnumfeld und die Integration in
118 Kita und Schule. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche
119 höchstens für eine kurze Übergangszeit in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden und
120 so schnell wie möglich in Regelklassen beschult werden.

121 Kindeswohl und Kinderschutz in den Mittelpunkt stellen

122 In familiengerichtlichen Verfahren steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Damit dies immer
123 gewährleistet ist, wollen wir entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und
124 Verfahrensbeistand*innen gesetzlich verankern. Gerade in Bezug auf die Anhörung von
125 minderjährigen Kindern brauchen Familienrichter*innen nicht nur juristische, sondern auch

126 qualifizierte pädagogische und psychologische Kenntnisse. Wenn ein Elternteil gegen den
127 anderen Elternteil gewalttätig ist, ist dies immer auch eine Belastung für das Kind und muss
128 deshalb in familiengerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden.

129 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen, in denen Kinder und
130 Jugendliche sich aufhalten, Kinderschutzstandards verlässlich implementiert werden, und
131 wollen Kinderschutzberatungen gesetzlich verankern, damit sie in Zukunft nicht mehr
132 zuwendungsfinanziert und damit abhängig von der aktuellen Haushaltslage sind – denn für uns
133 ist klar: Kinderschutz muss immer und überall gewährleistet sein.

134 Jungen Menschen eine Stimme geben

135 Eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche gut aufwachsen können, bedeutet auch Raum zu
136 bieten für echte Mitbestimmung. Wir wollen, dass unsere Kinder echte Beteiligungserfahrungen
137 sammeln – sei es in strukturell verankerten Kinder- und Jugendgremien, bei Bauprojekten im
138 Stadtteil oder in Klimaschutzinitiativen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für
139 Stimm- und Antragsrechte von Kinder- und Jugendgremien auf Bezirksebene und setzen uns für
140 die Etablierung altersgerechter, pädagogisch begleiteter Teilnehmungsformate ein, in denen
141 Kinder und Jugendliche ihre Perspektive in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes
142 miteinbringen können, z. B. bei der Ausstattung von Spielplätzen, bei Maßnahmen der
143 Verkehrssicherheit oder der Pflanzung von Stadtbäumen.

144 5.2. Gerechte Bildungschancen – Schule neu denken

145 Gute Bildung schafft gleiche Chancen – für eine gerechte Gesellschaft, in der alle jungen
146 Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt zu lernen, kreativ mitzudenken und die
147 Gesellschaft nachhaltig zu gestalten. Wir Bündnisgrüne können in Berlin kein Kind
148 zurücklassen. Dazu braucht es ein inklusives Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche
149 stark macht für die Welt von morgen. Und es braucht gute Schulen mit starkem Personal, das
150 für die Herausforderungen des Alltags gewappnet ist.

151 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem Kinder sich wohlfühlen und ohne Stress lange
152 gemeinsam lernen, ihre sprachliche Vielfalt als Stärke begreifen und ein demokratisches
153 Miteinander auf Augenhöhe gelebt wird. Dabei fördern wir neben Fachkompetenzen wie Deutsch,
154 Geschichte und Mathematik auch Zukunftskompetenzen wie Selbstorganisation, Kreativität und
155 kritisches Denken. Die Realität sieht leider anders aus: Inklusion wird zurückgedreht,
156 Gemeinschaftsschulen werden alleingelassen und die soziale Ungleichheit verschärft sich.

157 Gleichzeitig rechnet der Senat den gravierenden Lehrermangel schön. Neue Schulen werden zwar
158 gebaut, auffällige Gebäude jedoch nicht schnell genug saniert. Dazu kommen überfüllte
159 Klassen, chronisch überlastetes Personal und Stress bei Kindern und Familien, der sich auf
160 die psychische Gesundheit auswirkt. Außerschulische Lernorte werden vernachlässigt und
161 kaputtgespart, Bildungsprojekte mit Ideologievorwürfen verunglimpft und abgewickelt.
162 Diskriminierung verhindert Teilhabe und Beschwerdestrukturen funktionieren nicht.

163 Wir Grüne ducken uns vor diesen Herausforderungen nicht weg, wie es der aktuelle Senat tut,
164 sondern wir gehen sie an. Dafür investieren wir in multiprofessionelle Teams, echte
165 Inklusion, nachhaltige Schulgebäude und moderne Lernkonzepte. Wir gehen den Lehrkräftemangel
166 an und entlasten das schulische Personal auch in schwierigen Zeiten. Wir sichern kulturelle
167 und demokratische Bildung und treten Diskriminierung entgegen. Wir unterstützen
168 Gemeinschaftsschulen besser und verdoppeln ihre Zahl, um mehr Raum für gemeinsames,
169 inklusives Lernen zu ermöglichen und Kindern und Familien den Stress rund um den Übergang

170 von Grund- zu Oberschule zu ersparen. Denn unser Ziel ist klar: Berlin braucht ein starkes
171 Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen bietet und sie gut
172 auf ihr Leben vorbereitet.

173 Mit der Schule für morgen Bildungsgerechtigkeit schaffen

174 Die preisgekrönten Schulen dieser Stadt zeigen, dass Berlin auch anders kann:
175 Bildungseinrichtungen, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Voraussetzungen
176 individuell gefördert werden und ihre Stärken ohne Druck ausbauen. Denn Studien zeigen immer
177 wieder: Das Wohlbefinden der Lernenden ist eine Grundvoraussetzung, um gutes Lernen zu
178 ermöglichen.

179 Wir Grüne wollen Schulen fördern, in denen nicht nur wichtige Grundlagen wie Lesen,
180 Schreiben und Rechnen abgesichert, sondern gleichzeitig das soziale Lernen und
181 Zukunftskompetenzen in den Blick genommen werden, die Kinder und Jugendliche benötigen, um
182 in einer sich schnell verändernden Welt auch in Zukunft erfolgreich leben zu können. Deshalb
183 stärken wir Gemeinschaftsschulen als Orte gemeinsamen Lernens und verdoppeln ihre Zahl
184 berlinweit. Gleichzeitig verbessern wir den stressigen Übergang auf die weiterführende
185 Schule: Die Klassen 5 und 6 an Grundschulen werden gestärkt, das aktuelle System zum
186 Übergang ans Gymnasium reformiert und gerechter gestaltet, sodass Schüler*innen der 5. und
187 6. Klasse nicht mehr mit Druck und Unsicherheit in die Schule gehen.

188 Perspektiven für alle Jugendlichen schaffen

189 In Berlin verlassen derzeit mehr als 8 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne Abschluss,
190 über 16 Prozent finden trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz. Dabei ist doch klar: Wir
191 können es uns nicht leisten, Jugendliche zu verlieren! Deshalb legen wir ein besonderes
192 Augenmerk auf Jugendliche am Ende ihrer Schullaufbahn: Wer nach zehn Schuljahren keinen
193 Abschluss hat oder trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz, wird in einem Perspektivenjahr
194 gefördert. Gleichzeitig wollen wir unsere Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild so
195 weiterentwickeln, dass jede*r Jugendliche eine optimale und passgenaue Förderung bekommt.

196 Auch auf dem Weg zum Schulabschluss wollen wir Bündnisgrüne Kinder und Jugendliche
197 bestmöglich unterstützen. Wir wollen, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule
198 zur Selbstverständlichkeit werden. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen durch ausreichend
199 personelle wie sachliche Ausstattung sowie Fortbildung und Beratung, damit Kinder mit
200 sonderpädagogischen Förderbedarfen überall in Berlin inklusiv beschult werden können. Statt
201 neuer Förderschulen schaffen wir inklusive Schwerpunktschulen, um die steigenden Bedarfe,
202 insbesondere von neurodiversen Schüler*innen, zu decken. Gleichzeitig gibt es Kinder, für
203 die eine Beschulung in den Räumlichkeiten einer Schule vor Ort unmöglich ist; ihre Zahl ist
204 aufgrund vieler Long-COVID-Erkrankungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen, betrifft
205 aber beispielsweise auch Kinder mit speziellen Autismusformen. Die schwarz-rote Koalition
206 überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt ihre Verpflichtung nicht,
207 ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Das Ziel muss immer sein, auch diesen Kindern eine
208 Beschulung in der Regelschule zu bieten; notwendige Umbauten oder personelle Unterstützung
209 müssen entsprechend finanziert werden. Dort, wo dies in Einzelfällen trotz aller Bemühungen
210 nicht möglich ist, wollen wir eine Online-Beschulung ermöglichen. Denn klar ist: Jedes Kind
211 hat das Recht auf Bildung!

212 Schulen breit und zukunftssicher aufstellen

213 Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken, indem wir die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen
214 erhöhen, Schulstationen an allen Schulen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden
215 Qualität erhalten. Durch den Ausbau der Medienkompetenzzentren und der Etablierung eines
216 Medienteams an jeder Schule schaffen wir außerdem die Ressourcen, die es braucht, um
217 kritische digitale und Medienbildung in Schulen dauerhaft zu etablieren. Zusätzlich bilden
218 wir Online-Streetworker*innen zum Einsatz in den sozialen Medien aus. Um Jugendliche gut auf
219 die digitalisierte Welt vorzubereiten, prüfen wir die Einführung des Fachs Informatik als
220 Pflichtfach.

221 Überall gute Orte des Lernens schaffen

222 Wir wissen: Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der weit über den Klassenraum hinausgeht.
223 Daher wollen wir, dass Schulen sich besser mit ihrem Sozialraum vernetzen, und stärken
224 Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, Sportvereinen und Musikschulen. Die
225 Familienzentren an Grundschulen wollen wir erhalten – Schwarz-Rot streicht hier an der
226 falschen Stelle die Mittel für eine Arbeit, die gerade Familien in schwierigen Situationen
227 bisher eine große Unterstützung bieten konnte. Wir hingegen wollen ihre Arbeit zukünftig
228 absichern.

229 Gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln wir den Ganzttag weiter, denn guter Ganzttag ist
230 mehr als Betreuung. Wir Grüne verlängern die Zeiten der verlässlichen Betreuung auch für
231 Kinder ohne Hortvertrag in der Grundschule um mindestens eine Stunde auf 14:30 Uhr. In
232 dieser Zeit sollen die Kinder ihre Hausaufgaben erledigen können, sodass der restliche Tag
233 nicht durch Hausaufgabenstress bestimmt wird. Außerdem erleichtern wir so den Schulen die
234 Entscheidung für einen späteren Schulstart. Auch das dient der besseren Förderung aller
235 Kinder, denn zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass ein Schulstart um 8:00 Uhr nicht
236 dem Biorhythmus der Kinder entspricht und somit das Lernen erschwert.

237 Schulen möchten wir ermöglichen, ihre Schulhöfe, Spielplätze und Gemeinschaftsräume zu
238 öffnen, und strukturieren die Schulaufsichten sozialräumlich. Dadurch verbessern wir die
239 Vernetzung und Entwicklung des Sozialraums mit den Menschen vor Ort, wovon der ganze
240 Stadtteil profitiert. Schulhöfe verwandeln wir in grüne Lebensorte: mit Entsiegelung, grünen
241 Klassenzimmern und neuen, schattenspendenden Bäumen. Parallel treiben wir die Sanierung
242 alter Schulgebäude voran, damit sie den Anforderungen einer modernen Bildungslandschaft
243 gerecht werden.

244 Schulen zu Orten der Zugehörigkeit entwickeln

245 Wir Bündnisgrüne wertschätzen Mehrsprachigkeit als gesellschaftlichen Reichtum. Um die
246 Familiensprachen der Schüler*innen zu fördern, erheben wir sie und entwickeln darauf
247 basierend Angebote des Erstsprachenunterrichts. Es soll an mehr Schulen und in weiteren
248 Sprachen Unterricht angeboten werden. Wir bauen die Standorte der Staatlichen Europa-Schule
249 Berlin als Ausdruck des europäischen Gedankens von Vielfalt und Zusammenhalt aus. Dazu
250 gehört auch, Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind, möglichst
251 schnell mit anderen in Regelklassen lernen zu lassen, um Integration vom ersten Tag an Stück
252 für Stück zu ermöglichen. Wir stärken Lehrkräfte, die dafür notwendigen Fähigkeiten zu
253 erwerben, indem wir das Schulfach „Deutsch als Zweitsprache“ mit verbindlichem Curriculum
254 anerkennen und zusätzliche Fortbildungen in diesen Bereichen ermöglichen.

255 Die separierende Beschulung in Flüchtlingsunterkünften werden wir beenden und allen Kindern
256 einen Willkommensplatz an einer Regelschule anbieten. Zusätzlich entwickeln wir ein alters-
257 und kompetenzabhängiges Konzept zum Übergang von den Willkommensklassen in die Regelklassen,
258 wie sie auch bereits in anderen Bundesländern existieren. Durch diese Haltung der Inklusion
259 statt Separierung unterstützen wir eine vielfältige Schulkultur. Diskriminierung stellen wir
260 uns entschieden entgegen und setzen dafür auf unabhängige Beschwerdestellen und
261 diskriminierungskritische Schulentwicklung.

262 In Lehrkräfte investieren und Schulen stark machen

263 Ein starkes Bildungssystem braucht gutes Personal, das den vielfältigen Aufgaben in unseren
264 Schulen gewachsen ist. Deshalb treten wir dem Lehrkräftemangel entschieden entgegen und
265 schaffen an unseren Schulen regelhaft Teams aus verschiedenen Professionen. So haben
266 Lehrkräfte mehr Zeit für ihre pädagogischen Kernaufgaben. Dafür stärken wir
267 multiprofessionelle Teams, durch die Schüler*innen vielfältig gefördert und unterstützt
268 werden können.

269 Wir wollen für die mehr als 30.000 Lehrkräfte in Berlin gute Arbeitsbedingungen schaffen,
270 sodass Berlin auch langfristig als Arbeitgeberin attraktiv ist. Deshalb wollen wir
271 Lehrkräfte entlasten, die Arbeitszeit von Lehrkräften systematisch erfassen und
272 perspektivisch ein Arbeitszeitmodell entwickeln, das alle Aufgaben einer Lehrkraft abbildet.
273 Um im Wettbewerb um Absolvent*innen besser bestehen zu können, erhöhen wir die Bezüge im
274 Referendariat und verringern die Unterrichtsverpflichtung der angehenden Lehrkräfte.

275 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass der Lehrkräftemangel berlinweit besser verteilt
276 wird und auch Schulen in herausfordernden Lagen personell gut ausgestattet sind. Deshalb
277 führen wir Einstellungskontingente wieder ein und bieten Berliner Lehramtsstudierenden ein
278 Stipendium an, wenn sie sich verpflichten, die ersten fünf Jahre nach dem Referendariat an
279 einer Schule zu arbeiten, an der es zu wenig Lehrkräfte gibt. So sorgen wir dafür, dass wir
280 den Lehrkräftemangel in Berlin sowohl langfristig bekämpfen als auch kurzfristig alle uns
281 zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, um eine gute Ausstattung mit qualifiziertem
282 Personal zu ermöglichen.

283 5.3. Berufsbildung und Studium – gestärkt in die 284 nächste Phase

285 Beim Übergang von der schulischen in die berufliche oder universitäre Ausbildung werden
286 wichtige Leitplanken für den weiteren Lebensweg junger Menschen gesetzt. Deshalb wollen wir
287 Bündnisgrüne eine Stadt, in der auch für die Ausbildungszeit das Motto gilt: „Ihr lernt –
288 wir regeln den Rest!“ Deshalb sorgen wir für gute Beratung schon während der Schulzeit,
289 erstklassige Ausbildungs- und Studiengänge sowie ausreichend Zugang zu günstigem Wohnraum,
290 damit junge Menschen sich den Weg in ein selbstbestimmtes Leben auch leisten können.

291 Denn die Realität sieht zurzeit leider anders aus: An den Universitäten fallen Hörsäle in
292 sich zusammen und das Studierendenwerk Berlin existiert aktuell ohne Rahmenvertrag und damit
293 ohne verlässliche Finanzierung. Die Folgen tragen Studierende: Mensapreise und
294 Semesterbeiträge steigen und dringend benötigte Sanierungen werden ausgesetzt.

295 Auch Menschen in der dualen Ausbildung können sich angesichts des Berliner Wohnungsmarktes
296 und steigender Lebenshaltungskosten die Ausbildung in Berlin immer weniger leisten. Das
297 schwächt nicht nur den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin, sondern macht es für

298 junge Menschen zudem immer schwieriger, eine exzellente Ausbildung in der Hauptstadt zu
299 erhalten.

300 Für uns ist jedoch klar: Egal ob nach der 10. Klasse oder nach dem Abitur – die nächste
301 Generation soll die Chance auf eine freie Berufswahl, gute Ausbildungsbedingungen und einen
302 selbstbestimmten Start ins Leben haben.

303 Jugendlichen bessere Perspektiven für Ausbildung und Beruf eröffnen

304 Die Grundlage für einen guten Start in Ausbildung und Beruf wird in der Schulzeit gelegt.
305 Wir Grüne geben allen Jugendlichen eine Perspektive, auch ohne Abschluss. Statt 3.000
306 Jugendliche zu einem 11. Pflichtschuljahr zu zwingen, setzen wir auf eine Stärkung der
307 Berufsorientierung an Schulen und ein flexibles Perspektivenjahr, das eine Weiterentwicklung
308 der bisherigen Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung ist. Damit Jugendliche frühzeitig
309 ausreichend Einblicke in verschiedene Branchen und Berufe erhalten, sollen alle
310 Schüler*innen in der 8. bis 10. Klasse mindestens fünf Betriebe in Form von Praktika und
311 Praxistagen kennenlernen. Auch niedrigschwellige Beratungsangebote wollen wir ausbauen, um
312 Schüler*innen vielfältige Einblicke in die Berufswelt zu ermöglichen. An Oberstufenzentren
313 stellen wir zusätzliches Personal ein, damit dort alle Bildungsgänge zum Erfolg führen. Die
314 duale Ausbildung wollen wir durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie stärken, um
315 jungen Menschen eine gleichwertige Alternative zum Studium zu bieten. Dazu gehört auch die
316 Einrichtung eines Azubiwerks, das günstige Wohnheime betreibt und Beratung gewährleistet.
317 Alle Berliner Auszubildenden, egal ob aus großen oder kleinen Betrieben, müssen die
318 Möglichkeit haben, sich zu beschweren und Hilfe in Krisensituationen zu erhalten. Wir
319 stärken explizit Frauen in Handwerksberufen.

320 Wohnen für Auszubildende und Studierende sichern

321 Echte Chancengleichheit bei der Berufswahl braucht ausreichend qualitativ hochwertigen
322 Wohnraum für Azubis genauso wie für Studierende. Deshalb führen wir das neue Azubiwerk zum
323 Erfolg, das ähnlich den Studierendenwerken bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende sowie
324 Beratungs- und Kulturangebote schafft. Auch das Studierendenwerk Berlin muss gestärkt
325 werden, um verlässliche Strukturen für die Studierenden dieser Stadt zu schaffen. Deshalb
326 setzen wir Bündnisgrüne uns für einen Bund-Länder-Pakt „Studium und Ausbildung“ ein, der die
327 Finanzierung der Studierendenwerke bundesweit mit verbindlichen Mindeststandards sichert.
328 Dazu gehören sanierte Wohnheime mit sozialverträglichen Mieten, die an die
329 Wohnkostenpauschale der Ausbildungsförderung gekoppelt sind, Mensen mit gesundem,
330 nachhaltigem und bezahlbarem Essen sowie Kultur- und Beratungsangebote. Auch bei uns in
331 Berlin wollen wir durch die Neuaufsetzung des Studierenden-Rahmenvertrags das
332 Studierendenwerk wieder auf stabile Füße stellen und die verlässliche Kofinanzierung aller
333 „Junges Wohnen“-Projekte sichern. Wir sorgen dafür, dass die Wahl von Studium und Beruf
334 nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern junge Menschen ihre Zukunft frei
335 gestalten können.

336 Universitäten vor dem baulichen Verfall schützen

337 Bei den Berliner Universitäten müssen wir den baulichen Verfall stoppen. Wir setzen uns
338 daher für die Gründung einer Hochschulbaugesellschaft in Kooperation mit der WISTA
339 Management GmbH ein, die ein Konzept für die gesamte energetisch-nachhaltige und ökologische
340 Sanierung erarbeitet und kreditfinanziert umsetzt. Sie soll mittelfristig auch den baulichen

341 Unterhalt der Hochschulen übernehmen und schafft so endlich Planungssicherheit für Forschung
342 und Lehre.

343 5.4. Gesundheit in allen Lebenslagen – Berlin ist für 344 dich da

345 Gesundheit und Wohlbefinden sind mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie befähigen uns,
346 ein zufriedenes Leben zu führen, uns vielfältigen Herausforderungen zu stellen und diese zu
347 bewältigen. Dabei sehen wir Gesundheit, Krankheit und Sterben als integrale Bestandteile des
348 menschlichen Daseins und verstehen diese daher auch als wichtigen Auftrag für die
349 Daseinsvorsorge. Auch wenn die Gestaltung der Gesundheitsversorgung nicht allein in
350 Landeshand liegt, setzen wir uns mit allen Kräften und Möglichkeiten, vor allem aber mit
351 einem umfassenden Blick für ein gesundes, soziales und inklusives Berlin ein.

352 Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben,
353 selbstbestimmt gesund zu bleiben und zu leben. Für uns bedeutet das: Zugang zu wohnortnahen,
354 qualitativ hochwertigen und barrierefreien Gesundheitsangeboten sowie zu einer modernen
355 Hospiz- und Palliativlandschaft zu haben. Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung,
356 Beratung, Behandlung und Rehabilitation gehen dabei Hand in Hand und schließen psychische
357 und soziale Aspekte wie auch Umwelt- und Klimaschutz mit ein. Mit einer urbanen
358 Gesundheitsstrategie wollen wir gute und abgestimmte Angebote in einer gesunden Stadt als
359 Teil eines gesunden Planeten schaffen. Dazu müssen wir Gesundheitsversorgung und
360 Gesundheitsförderung stärker vernetzen und Lücken schließen. Hier setzen wir auf gemeinsame
361 Werte und verbindliche Kooperationen zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten, Bildungs-
362 und Jugendhilfe sowie Umwelt-, Mobilitäts- und Stadtplanung, um Präventionsketten und
363 sozialräumliche Gesundheitsstrukturen flächendeckend und nachhaltig aufzubauen. Eine
364 wichtige Rolle kommt dabei auch der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu.

365 Gesundheitsversorgung gerecht verteilen

366 Noch immer unterscheiden sich die Gesundheitschancen in Berlin stark: Je nach Bezirk,
367 Wohnviertel und sozioökonomischem Status weichen Lebenserwartung und Krankheitshäufigkeiten
368 voneinander ab. Die ambulante Versorgung ist oft nicht barrierefrei und ungleich verteilt,
369 Haus- und Kinderärzt*innen fehlen besonders in Stadtrandlagen. Kliniken stehen unter
370 finanziellem Druck, während Personal seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet. Der ÖGD
371 ist unterfinanziert und personell schwach besetzt, Gesundheitsförderung und Prävention haben
372 nicht den notwendigen Stellenwert. Psychische Belastungen nehmen zu, Wartezeiten auf
373 Beratungs- und Behandlungsangebote sind zu lang, aufsuchende Angebote und koordinierte
374 Hilfestrukturen fehlen. Durch massive Streichungen des schwarz-roten Rückschrittssenats –
375 nicht nur im Gesundheitsbereich – verschlechtert sich die Lage für die Menschen in Berlin
376 noch weiter. Auch digitale, mobile und aufsuchende Gesundheitsdienste sind nicht ausreichend
377 ausgebaut, obwohl sie besonders für immobile und andere vulnerable Gruppen sowie deren An-
378 und Zugehörige wichtig sind. Klimakrise und Hitze belasten besonders vulnerable Gruppen,
379 ohne dass es flächendeckende Schutzkonzepte gibt. Die Zusammenarbeit zwischen
380 Gesundheitswesen, Sozialdiensten, Bildungseinrichtungen, Umwelt-, Verkehrs- und Stadtplanung
381 ist nicht ausreichend.

382 Flächendeckende Gesundheitsangebote sicherstellen

383 Wir Bündnisgrüne wollen das nicht hinnehmen. Statt mehr Versorgungslücken an den
384 Schnittstellen wollen wir bessere Nahtstellen schaffen, die grundsätzlich den gesamten
385 Menschen im Blick haben und abgestimmt wirken.

386 Deshalb gestalten wir eine Gesundheitspolitik, die gezielt auch auf gesundheitliche, soziale
387 und umweltbedingte Ungleichheiten reagiert – mit gerechten Zugängen, starken öffentlichen
388 Strukturen und gesundheitsfördernden Lebensverhältnissen in der gesamten Stadt und in den
389 Lebensrealitäten der Berliner*innen. Dabei folgen wir klar dem Prinzip „ambulant vor
390 stationär“ mit hochwertigen wohnortnahen Versorgungsstrukturen.

391 Wir wollen flächendeckend integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die ärztliche,
392 therapeutische, psychosoziale und präventive Angebote unter einem Dach vereinen. Diese
393 Zentren sollen interdisziplinär besetzt sein und als multiprofessionelles, diverses und
394 mehrsprachiges Netzwerk die gesamte Bandbreite von der Gesundheitsberatung bis zur Apotheke
395 einschließen. Die Community Health Nurse (CHN) soll nach dem Vorbild von Köpenick in allen
396 Bezirken zum Einsatz kommen und gemeinsam mit dem ÖGD Menschen unterstützen.

397 Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken

398 Berlin ist auch wirtschaftlich betrachtet eine Gesundheitsstadt. Dieses besondere,
399 ressourcenreiche Ökosystem wollen wir nachhaltig und gerecht aufstellen und
400 weiterentwickeln. Wir sehen eine universitäre Spitzenmedizin und eine Gesundheitsversorgung
401 im Kiez nicht als Gegensatz, sondern als logische, sich gegenseitig befruchtende Ergänzung.
402 Daher werden wir alle Möglichkeiten bestmöglich nutzen, die uns die Krankenhausreformpläne
403 des Bundes und der damit zusammenhängende Transformationsfonds bieten, um Berlins
404 Krankenhäuser moderner, besser und digitaler aufzustellen und gleichzeitig die ambulante
405 Gesundheitsversorgung zu stärken. Dafür braucht es ein Zielbild, das an der Bevölkerung
406 ausgerichtet ist. Auch die ökologische Krankenhaustransformation im Sinne eines Green-
407 Hospital-Ansatzes bringen wir voran und machen die Versorgungslandschaft als großes Ganzes
408 zukunftsfest und für Patient*innen wie auch die Stadt sicher. Dazu gehört auch eine
409 Weiterentwicklung der Notfallversorgung mit dem Dreiklang aus Gesundheitsnotfallkompetenz,
410 differenzierter vorklinischer Versorgung durch den Rettungsdienst sowie integrierten
411 Rettungsstellen, in denen niedergelassene Ärzt*innen und Kliniken abgestimmt arbeiten.

412 In Zeiten der rasanten Entwicklung digitaler Angebote inklusive Künstlicher Intelligenz
413 denken wir diese als niedrigschwellige Versorgungsmöglichkeit überall mit und setzen auf die
414 integrierte Unterstützung bestehender Angebote unter gleichzeitiger Wahrung der digitalen
415 Selbstbestimmung und Teilhabe. Gleichzeitig muss auch in der Telemedizin eine hohe Qualität
416 der Versorgung gewahrt werden.

417 Psychische Gesundheit in den Fokus nehmen

418 Gesundheit ist vielfältig und setzt einen differenzierten Blick voraus, der nicht aus-,
419 sondern einschließt. Für die psychische Gesundheit wollen wir Grüne – neben einer Stärkung
420 von Entstigmatisierung, Prävention und Früherkennung von psychischen Störungen – über die
421 Lebensspanne integrierte, niedrigschwellige, aufsuchende und multiprofessionelle Hilfs- und
422 Krisenangebote in allen Bezirken weiter vernetzen und ausbauen. Ein besonderer Fokus wird
423 auf Angeboten für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen liegen. Diese Angebote
424 werden wir mit Hilfe von Budgets finanzieren und weiterentwickeln.

425 Speziell für Kinder und Jugendliche wollen wir Präventions- und Unterstützungsangebote
426 deutlich ausbauen, unter anderem durch mehr Schulpsycholog*innen und -sozialarbeiter*innen,
427 aufsuchende Jugendpsychiatrie-Teams, frühzeitige Hilfen im sozialen Umfeld und eine bessere
428 Vernetzung zwischen dem Gesundheits-, Jugend- und Bildungsbereich. Psychische Gesundheit
429 soll in allen Altersgruppen durch eine integrierte Versorgungsstruktur mit festen Budgets,
430 multiprofessionellen Krisenteams und präventiven Angeboten gestärkt werden. Suizidprävention
431 soll dabei systematisch verankert, Hilfsangebote sollen stärker vernetzt und gezielt
432 ausgebaut werden. In allen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und im öffentlichen Raum sollen
433 Hitze- und Klimaanpassungskonzepte umgesetzt werden, inklusive Trinkwasserversorgung,
434 Verschattung und Kühlräumen.

435 Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen

436 Der Zugang zur Gesundheitsversorgung soll auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder
437 Aufenthaltspapiere gesichert werden. Hier braucht es effizientere Strukturen, die ein
438 Ankommen im Gesundheitssystem und das Ausschließen von Versorgungslücken ermöglichen. Dazu
439 stärken wir die Clearingstelle und sorgen dafür, dass Gesundheitsangebote in
440 Obdachloseneinrichtungen, vor allem aber auch bei Housing First systematisch mitgedacht und
441 implementiert werden. Ein zentraler Baustein einer gerechten Gesundheitsversorgung ist auch
442 die diversitäts- und kultursensible Ausrichtung der Angebote durch Information, Wissen und
443 Nutzung digitaler und analoger Sprachmittlungsmöglichkeiten. Die Versorgung von Menschen mit
444 Fluchterfahrung soll hier besonders im Fokus stehen.

445 Eine gute Gesundheitsversorgung beinhaltet für uns auch zeitgemäße und passgenaue Angebote
446 für das Lebensende. Wir werden daher die Beratungsstrukturen sowie Hospiz- und
447 Palliativangebote in der Stadt ebenfalls gemäß dem Prinzip „wohnortnah ambulant vor
448 stationär“ in einer modernen Hospiz- und Palliativstrategie bündeln und weiterentwickeln.

449 Selbstbestimmte Familienplanung und flächendeckende Geburtsversorgung
450 sichern

451 Gute Gesundheitsversorgung beginnt bereits vor der Geburt. Hebammen und Geburtshelfer*innen
452 sind bereits während der Schwangerschaft, aber natürlich auch während und nach der Geburt
453 nicht nur wichtige Bezugspersonen, sondern stellen auch die medizinische Versorgung von
454 Schwangeren und Neugeborenen sicher. Damit alle Berliner*innen Zugang zu sicheren und
455 selbstbestimmten Geburten haben, muss der Studiengang „Angewandte Hebammenwissenschaften“
456 dauerhaft finanziell gesichert werden. Wir Grüne wollen die personelle Ausstattung in
457 Kreißsälen verbessern und so die Arbeitsbedingungen für Hebammen attraktiver machen. Wir
458 wollen ein flächendeckendes Netz an Hebammenangeboten aufbauen, das Geburtshäuser,
459 aufsuchende Betreuung und wohnortnahe Angebote umfasst, insbesondere in bisher
460 unterversorgten Bezirken. Ergänzend sollen hebammengeführte Kreißsäle in Kliniken zur Regel
461 werden.

462 Aber es gibt in Berlin auch viele Menschen, die einen unerfüllten Kinderwunsch haben. Um sie
463 bestmöglich zu unterstützen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür
464 einsetzen, dass sie allen – egal, ob alleinstehend oder verpartnert – von der Krankenkasse
465 finanziert wird. Außerdem wollen wir die entsprechende Beratung ausbauen und insbesondere
466 für Regenbogenfamilien erweitern.

467 Zur selbstbestimmten Familienplanung gehört auch die Freiheit, sich gegen ein Kind
468 entscheiden zu können. Deshalb ist sowohl frühzeitige, altersadäquate Aufklärung als auch
469 kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche essenziell. Während wir uns auf

470 Bundesebene für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts einsetzen, helfen wir in Berlin
471 konkret Betroffenen. Deshalb machen wir Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten
472 niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich und sorgen dafür, dass medizinische Versorgung
473 zum Abbruch von Schwangerschaften von den landeseigenen Kliniken gewährleistet wird.

474 Aufklärung und Prävention stärken

475 Gesundheitsprävention ist die wirkungsvollste Gesundheitsmaßnahme. Wir Bündnisgrüne wollen
476 ein Landespräventionsgesetz schaffen, in dem wir die Landesaufgaben beschreiben. In allen
477 Bezirken sollen kommunale Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe
478 vor Ort zu ermitteln, Maßnahmen zu koordinieren und Beteiligung zu ermöglichen. Eine
479 selbstbestimmte Gesundheit braucht Information und Aufklärung jenseits der Frage, wo das
480 nächste Krankenhaus liegt. Am besten ist es, wenn Erkrankungen gar nicht erst oder weniger
481 stark auftreten. Wir wollen Aufklärung und den Zugang zu verständlichen Informationen in
482 Leichter und Einfacher Sprache sowie in weiteren Sprachen über die Lebensspanne verbessern
483 und Maßnahmen gegen die vor allem im digitalen Raum grassierende Desinformation im
484 Gesundheitsbereich entwickeln. Besonders für Jugendliche sind flächendeckende Prävention
485 gegen sexuell übertragbare Krankheiten (STI) sowie kultursensible Aufklärung essenziell. Wir
486 werden die Erfolge der Fast-Track City Berlin zur Beendigung von HIV/AIDS im Jahr 2030 aktiv
487 begleiten und auch in der Zeit danach für eine nachhaltige Angebotsausgestaltung nutzen.

488 Gute Prävention schließt auch das Impfen ein, das einen wichtigen Ansatz zur Vermeidung
489 infektiöser Erkrankungen darstellt. Hier braucht es effizientere Strukturen, die ein
490 Ankommen im Gesundheitssystem und das Ausschließen von Versorgungslücken ermöglichen. Alle
491 STIKO-Impfungen sollen niedrigschwellig und wohnortnah zugänglich sein – auch in Apotheken,
492 beim Öffentlichen Gesundheitsdienst und über mobile Angebote. Wir werden Gesundheit noch
493 mehr von der Prävention gegen Erkrankungen aus denken und unter Einbeziehung der
494 Berliner*innen eine landesweite Präventionsstrategie entwickeln und umsetzen.

495 Vernetzte Gesundheitsregionen mit einem Öffentlichen
496 Gesundheitsdienst entwickeln

497 Gesundheit spielt sich in den Lebenswelten der Menschen ab und lebt von Beteiligung. Daher
498 ist es wichtig, dass sich die Bezirke auch untereinander und nach Brandenburg hin zu
499 vernetzten Gesundheitsregionen entwickeln. In allen Bezirken sollen daher kommunale
500 Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe vor Ort zu ermitteln,
501 Maßnahmen zu koordinieren und eine wirksame Beteiligung der Berliner*innen zu ermöglichen.

502 Gesundheitsförderung soll als verbindliches Prinzip in allen Politikbereichen sowohl auf
503 Bezirks- als auch auf Landesebene etabliert sein. Für alle Präventions- und
504 Gesundheitsförderungsmaßnahmen wollen wir Grüne verbindliche Qualitätsstandards festlegen
505 und deren Umsetzung evaluieren. Die Gesundheitsförderung soll verbindlich in Kitas, Schulen,
506 Betrieben und Senior*inneneinrichtungen integriert werden, mit Schwerpunkten auf Bewegung,
507 gesunder Ernährung, Suchtprävention und psychischer Gesundheit. Betriebliche
508 Gesundheitsförderung soll gezielt ausgebaut und besonders kleine und mittlere Unternehmen
509 sollen unterstützt werden, um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und
510 Präventionsprogramme zu etablieren. Das gilt besonders auch für die Gesundheitsfachberufe.
511 Angesichts des Klimawandels treiben wir auch die Weiterentwicklung der Wirksamkeit
512 betriebsmedizinischer Angebote voran.

513 Der ÖGD spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir wollen ihn personell und
514 finanziell so stärken, dass er seine Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsberatung,

515 Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz und Gesundheitskoordination multiprofessionell,
516 flächendeckend, zukunftsorientiert und vernetzt erfüllen kann. Die Nachwuchsgewinnung für
517 Ärzt*innen im öffentlichen Dienst werden wir durch eine verbindliche Studienplatzquote an
518 der Charité (Stadtärzt*innenquote), wie sie in anderen Bundesländern bereits erfolgreich
519 praktiziert wird, unterstützen.

520 Unser Ziel ist klar: Berlin soll selbst eine gesunde Stadt sein, in der Menschen gesund
521 leben und arbeiten können – unabhängig davon, wer sie sind oder wo sie wohnen.

522 5.5. Neue Drogenpolitik – Hilfe statt Stigmatisierung

523 Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine evidenzbasierte Drogen- und Suchtpolitik ein, die Hilfe
524 statt Strafe in den Mittelpunkt stellt und sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen statt an
525 Ideologie orientiert. In Berlin gibt es eine starke und vielfältige Helfelandschaft, sie
526 gilt es von der Prävention bis zur Suchthilfe zu stärken. Gleichzeitig wächst der
527 Handlungsbedarf, denn die Zahl der Drogentoten steigt auch in Berlin jährlich auf neue
528 Höchststände. Insbesondere der Crack- und Kokainkonsum nimmt stark zu, synthetische Opioide
529 wie Fentanyl bergen ein hohes Risiko für Abhängigkeiten und Überdosierungen. Da sowohl
530 legale als auch illegale Drogen risikobehaftet und weit verbreitet sind, darf man vor ihrer
531 Realität nicht die Augen verschließen. Unser Ziel ist es, Menschen nicht zu stigmatisieren
532 und Betroffene nicht alleinzulassen, sondern ihnen wirksam zu helfen und Risiken zu
533 minimieren.

534 Suchthilfe und Prävention stärken

535 Wir Grüne wollen Konsumräume und Streetwork-Teams ausbauen, Wartezeiten auf Therapieplätze
536 verkürzen und niedrigschwellige Angebote ausbauen, insbesondere um junge Menschen sowie
537 Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen besser zu erreichen.

538 Der Zugang zu Hilfsangeboten sollte nicht an eine Abstinenzpflicht geknüpft sein, sondern
539 Konsumierende dabei unterstützen, sich in jeder Lebenslage aus der Abhängigkeit zu befreien.
540 Mit einer gesamtstädtischen Strategie muss Berlin einen hilfeorientierten Ansatz verfolgen,
541 der Selbstbestimmung, Aufklärung und Gesundheitsschutz miteinander verbindet. Anstatt
542 Betroffene dem unkontrollierten Schwarzmarkt zu überlassen, befürworten wir die Forderungen
543 aus der Suchthilfe nach Modellprojekten mit kontrollierter Abgabe. Unsere Drogenpolitik
544 verfolgt das Ziel, illegalen Märkten die Grundlage zu entziehen. Wir wollen die Möglichkeit
545 des Betäubungsmittelrechts nutzen, um bei klar definierten Eigenverbrauchsmengen Verfahren
546 gegen Konsumierende grundsätzlich einzustellen. Die Ressourcen bei Justiz und Polizei
547 sollten gezielt in die Bekämpfung Organisierter Kriminalität investiert werden.

548 Es braucht Zugänge und die Verknüpfung von sozialen und gesundheitlichen Angeboten. Wir
549 Grüne setzen uns dafür ein, dass Prävention sozialraumorientiert, kultursensibel,
550 altersgerecht und mehrsprachig ausgebaut wird – mit einem klaren Fokus auf junge Menschen,
551 beginnend mit der Prävention im Schul- und Jugendkontext, digitalen Beratungsangeboten und
552 besserem Zugang zu Beratung und Therapie. Im Kurfürstengarten sichern wir, wie vom Runden
553 Tisch „Sexarbeit“ vorgeschlagen, Nachtcafés und zusätzliche Drogenkonsumräume in Kooperation
554 mit der Drogenhilfe und dem Landessuchtbeauftragten. Wir wollen zudem den Housing-First-
555 Ansatz konsequent umsetzen, um wohnungslose Drogenkonsumierende dauerhaft in sichere
556 Wohnverhältnisse zu bringen und so den Kreislauf von Sucht und Obdachlosigkeit zu
557 durchbrechen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf die Unterversorgung von betroffenen Frauen
558 gelegt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug als zentraler Bestandteil der Resozialisierung abgesichert wird. Statt Drogenspürhunde durch Gefängniszellen zu schicken, braucht es Zugang zu Substitutions- und Therapiemöglichkeiten. Das betrifft insbesondere den Zugang zur Diamorphintherapie sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

Drug Checking ist eine zentrale Maßnahme zur Schadensminderung, die den sicheren Konsum fördert und potenzielle Gesundheitsrisiken reduziert. Die Nachfrage ist seit Einrichtung jedoch deutlich höher als das bestehende Angebot. Wir wollen, dass das Berliner Drug-Checking-Projekt deutlich ausgebaut, auch mobil verfügbar und mit einem berlinweiten Frühwarnsystem für gefährliche Wirkstoffe verbunden wird. Die Abgabe von Naloxon zur Vermeidung von Überdosierungen soll über anerkannte Angebote der Suchthilfe und Sozialarbeit erfolgen können.

Drogenpolitik umfassend und zeitgemäß gestalten

Wir Bündnisgrüne machen uns dafür stark, dass verhaltensgebundene Süchte wie Glücksspiel- oder Medienspielsucht systematisch in die Hilfestrukturen integriert werden. Glücksspielwerbung soll stark eingeschränkt, der Schutz Minderjähriger verbessert und die Spieler*innensperredatei „Oasis“ ausgebaut werden, auch für glücksspielartige Elemente in digitalen Angeboten. Echte Vermögensprüfungen und feste Einzahlungslimits sollen im Online-Glücksspiel der Standard sein.

Abhängigkeiten von Alkohol, Nikotin und Medikamenten werden trotz ihres Ausmaßes als Selbstverständlichkeit wahrgenommen, obwohl sie gesamtgesellschaftlich die schwersten Folgen aufweisen. Gerade die Struktur der Alkohol- und Medikamentenberatung in den Bezirken ist uneinheitlich und unzureichend aufgestellt. Es braucht eine landesweite Steuerung, um eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und verlässliche Versorgung sicherzustellen und zu finanzieren. Gerade im öffentlichen Raum gilt es, den Nichtraucher*innenschutz konsequenter umzusetzen, zu kontrollieren und bei Bedarf gesetzlich nachzuschärfen. Andere europäische Länder sind hier deutlich weiter und wirksamer.

Das Konsumcannabisgesetz auf Bundesebene war ein richtiger und überfälliger Schritt. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht unnötig kriminalisiert und es ist kein sprunghafter Anstieg des Konsums zu erkennen. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen und in Berlin eine Modellregion für die legale Abgabe von Cannabis etablieren, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Genauso unterstützen wir den Abbau bürokratischer Hürden von Anbauvereinen. Wer den Cannabis-Schwarzmarkt vollständig austrocknen will, der muss ihn vollständig durch legale, gesundheitlich abgesicherte, kontrollierte und sozialverträgliche Bezugswege ersetzen.

Für uns Bündnisgrüne ist klar: Eine zeitgemäße Drogenpolitik darf Risiken nicht verharmlosen – aber auch niemanden zurücklassen. Sie braucht umsetzbare Regeln, starke Prävention, ineinandergreifende Hilfsangebote und den Mut, pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

5.6. Gute Pflege – solidarisch und zukunftsfest

Wir Berliner*innen leben immer länger – das ist ein Gewinn an Lebenszeit und Erfahrung. Auch hier ist unser Grundsatz: Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen in jedem Alter selbstbestimmt und in Würde leben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Pflegebedarf. Dafür braucht es eine Stadt, die Teilhabe, Solidarität und Fürsorge

ermöglicht. In einem Landespflegegesetz wollen wir die Anforderungen dafür in der Pflege rechtlich verankern.

Berlin steht vor einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen. Einrichtungen, ambulant und stationär, stehen auch personell sehr unter Druck und Pflegeplätze sind ungleich über die Stadt verteilt. Ambulante Dienste und Kurzzeitpflegeangebote gibt es zu wenig, besonders in den Außenbezirken. Angehörige, die zu Hause pflegen, werden nicht ausreichend unterstützt, pflegende Eltern oder Young Carers werden zu oft vergessen. Auch die Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse reichen nicht aus, um den Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken. Stationäre Einrichtungen sind zudem oft weder barrierefrei noch auf den Klimawandel vorbereitet. Prävention und Gesundheitsförderung, vor und nach dem Pflegeeintritt, sowie kultur- und geschlechtersensible Pflegeangebote werden bislang zu wenig gefördert und sind nicht flächendeckend etabliert.

Pflege am Menschen orientieren

Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Berlin Zugang zu qualitativ hochwertiger, bezahlbarer und menschenwürdiger Pflege haben – ambulant und stationär. Pflege soll selbstbestimmt, wohnortnah, inklusiv und kultursensibel gestaltet sein. Pflege ist gelebte Solidarität – in Familien, in der Nachbarschaft und im Zusammenspiel von professioneller und häuslicher Pflege. Sie darf nicht aufgrund von Ökonomisierung und demografischer Entwicklungen als Problem gesehen werden. Dafür brauchen Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und echte Mitbestimmung. Deshalb setzen wir uns weiter für die Einführung einer Pflegekammer ein. Wir wissen: Ohne pflegende Angehörige würde unser Pflegesystem nicht funktionieren – sie tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, oft neben Beruf, Familie oder Ausbildung. Deshalb wollen wir Angehörige und ehrenamtlich Pflegende gezielt entlasten und unterstützen. Die Angebote der Kontaktstelle Pflegeengagement, Beratung wie „Pflege 4.0“ oder Hilfe durch „Pflege in Not“ wollen wir halten und beispielsweise mit einem Pflegenottelefon weiterentwickeln. Wir wollen Berliner Schulen dafür sensibilisieren, dass auch Kinder und Jugendliche Pflegeverantwortung übernehmen – oft für Eltern, Geschwister oder Großeltern. Sie brauchen vermehrt Aufmerksamkeit, Verständnis und Unterstützungsangebote.

Attraktive Pflegeberufe sichern

Pflegekräfte leisten jeden Tag Enormes – sie verdienen Anerkennung, Mitsprache und gute Arbeitsbedingungen. Wir Grüne wollen den Pflegeberuf attraktiver machen, indem wir tarifliche Bezahlung, verlässliche Arbeitszeiten und eine verbindliche Personalbemessung sicherstellen. Wir werden die Infrastruktur für die Pflegeausbildung stärken: Die verschiedenen Standorte des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe wollen wir an einem Ausbildungscampus zusammenbringen, damit Pflegeassistenten, Pflegefachberufe und therapeutische Gesundheitsberufe wie Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie gemeinsam ausgebildet werden. Das fördert interprofessionelle Zusammenarbeit von Beginn an und erhöht die Qualität der Ausbildung. Es besteht ein hoher Fachkräftebedarf in vielen Branchen – so auch in der Pflege. Trotz der steigenden Zahl aufgenommener Ausbildungen wird der Bedarf nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund gilt es umso mehr, die Fachkräfte in der Ausbildung zu halten und neue für die Pflege zu gewinnen. Gute Arbeitsbedingungen sind dabei der entscheidende Schlüssel zum Erfolg, den wir weiter stärken müssen. Ein multifaktorielles Vorgehen ist hierbei wichtig. So müssen wir die akademische Ausbildung durch eine Anpassung der Studienplätze stärken, die Ausbildungskapazität für Fachassistenten ausbauen und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die professionelle Pflege das tun darf, was sie kann, und

sich das auch in der Abrechnungsmöglichkeit widerspiegelt. Zudem stellt die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland einen Baustein zur Strategie einer ausreichenden Fachkräfteabdeckung dar. Hierbei gilt es, sich an faire Anwerbestrukturen zu halten und die Voraussetzungen für eine schnelle Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu schaffen sowie ausreichende Sprachangebote bereitzustellen. Daher setzen wir uns für das Siegel „Faire Anwerbung in der Pflege“ ein. Die bestehenden digitalen Verfahren sollen weiter verbessert und personell unteretzt werden. Ein Landespflegegesetz soll einen rechtlichen Rahmen schaffen für Pflegeangebote des Landes und eine verbindliche Landespflegestrukturplanung, die den tatsächlichen Bedarf ermitteln und dabei auch pflegende Angehörige als wichtige, oft unzureichend vertretene Gruppe einbeziehen soll.

Um Pflegefachkräfte und Pflegeassistentenkräfte zu stärken, ist die Einführung einer Pflegekammer unabdingbar. Sie gibt der Berufsgruppe endlich eine eigene, demokratisch legitimierte Interessenvertretung. Die Pflegekammer entwickelt Fort- und Weiterbildungsregularien, unterstützt die Bedarfsplanung, führt ein zentrales Register der Mitglieder und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit – auch in Krisen- oder Katastrophenfällen. Wir Bündnisgrüne werden den Aufbau einer Pflegekammer fördern und ihre Wirksamkeit nach der Aufbauphase evaluieren. Ohne eine Pflegekammer bleibt die Beteiligung der Pflegeberufe in Gremien auf Landesebene unzureichend – das wollen wir ändern.

Pflegende Angehörige stärken und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur ausbauen

Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen in der häuslichen Pflege. Nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein wollen wir pflegende Angehörige in die Berliner Verfassung aufnehmen, um so ihre Rechte als immer größer werdende Gruppe in den Fokus zu nehmen. Wir stehen an ihrer Seite und wollen, dass sie Entlastung, Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. Pflegende Angehörige müssen zudem in die Pflegeplanung einbezogen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige kommt.

Wir Grüne wollen die niedrigschwellige und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur in allen Bezirken ausbauen – durch mehr Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze, flexible Entlastungsangebote und gezielte Beratung. Dabei wollen wir einen Pakt für die Pflege mit den Berliner Arbeitgeber*innen schließen, denn Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss gesellschaftlicher Konsens sein. Pflegestützpunkte sollen als wohnortnahe Anlaufstellen flächendeckend weiterentwickelt werden. Darunter verstehen wir auch den Ausbau von digitalen und telefonischen Beratungen sowie der Hausbesuche. Ein zentrales Melderegister soll jederzeit Auskunft über freie Pflegeplätze geben, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Mobile Pflegedienste sollen klimafreundlich umgestellt und barrierefreie, klimaangepasste Pflegeeinrichtungen gefördert werden.

Pflegebedürftige sollen zügig Unterstützung erhalten, damit finanzielle Einschränkungen ihre Versorgung nicht gefährden. Dafür fordern wir bei der Hilfe zur Pflege eine Optimierung der Antragsprozesse, den Ausbau digitaler Verfahren und eine enge Verzahnung mit Pflegestützpunkten, sodass Antragstellung, Beratung und Auszahlung zentral und transparent erfolgen.

Wir Bündnisgrüne wollen Community Health Nurses (CHNs) in Berlin als eine weitere Säule in der Pflege einführen. Sie beraten zu Gesundheit und Pflege, führen Hausbesuche durch und vernetzen Ärzt*innen, Pflegestützpunkte, Sozialdienste und Nachbarschaftsinitiativen. CHNs

696 stärken Gesundheitskompetenz, fördern Lebensqualität und verbessern die Versorgung –
697 besonders für marginalisierte Gruppen kann eine neue Ausrichtung der Primärversorgung und
698 deren Zugänglichkeit eine große Verbesserung darstellen.

699 Barrierefreien Wohnraum realisieren

700 Damit Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben können, braucht
701 Berlin mehr barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen. Der Umbau von Bestandswohnungen
702 und der Neubau entsprechender Angebote müssen intensiviert werden. Präventive Ansätze in der
703 Pflege wollen wir stärker fördern, etwa das Programm zu gesundem Altern, Sturzprävention,
704 Ernährungsberatung und sozialer Teilhabe.

705 Sichere Pflege für alle sicherstellen

706 Berlin ist vielfältig – Pflege muss das widerspiegeln. Wir werden den Einsatz
707 Interkultureller Brückenbauer*innen und das Angebot für LSBTIQ*-sensible Beratung ausweiten.
708 Weiterbildungen zu diversitätssensibler Pflege sollen verpflichtend in der
709 Weiterbildungsordnung verankert werden.

710 Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Gewalt ein, die Pflegebedürftige sowie Pflegenden
711 erfahren – häufig bedingt durch Überforderung, strukturelle Missstände oder
712 Machtungleichgewichte. Die Pflegebeauftragte des Landes soll nicht nur
713 Beschwerdemöglichkeiten sichern, Missstände aufdecken und Verbesserungen anstoßen, sondern
714 auch systematisch in alle landesgesetzlichen Prozesse einbezogen werden, die Pflege,
715 Pflegequalität oder Pflegestrukturen betreffen. Ihre Einbeziehung soll über die bloße
716 Erstellung von Berichten hinausgehen und sicherstellen, dass fachliche Expertise und
717 Perspektiven von Pflegenden in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

718 5.7. Selbstbestimmte Senior*innen – sicher und 719 beteiligt im Alter

720 Wir leben immer länger – das ist vor allem eine positive Entwicklung. Gleichzeitig wissen
721 wir: Ältere Menschen sind genauso vielfältig wie andere Gruppen. Wir Bündnisgrüne wollen
722 diese Generation stärken, indem wir Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe
723 unabhängig von nachlassenden Fähigkeiten ermöglichen.

724 Wir bauen Berlin schrittweise zur altersfreundlichen Stadt um, indem wir für mehr schattige
725 Plätze zum Verweilen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr und gute sanitäre Anlagen
726 sorgen. Denn wir wissen: Eine altersfreundliche Stadt ist gut für Menschen aller
727 Altersgruppen, fördert gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutz und schafft Orte der Begegnung
728 für alle Menschen in der Nachbarschaft.

729 Statt ältere Menschen als Ressource zu sehen, prägen jedoch noch immer einseitige
730 Altersbilder, Vorurteile und Altersdiskriminierung den Alltag von Senior*innen. Das
731 untergräbt Selbstvertrauen und schränkt die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben
732 ein. Hinzu kommt die Altersarmut, von der ein Drittel der Berliner Senior*innen betroffen
733 ist, sowie die in Berlin weit verbreitete Einsamkeit, die ältere Menschen häufig trifft.
734 Wertvolles Engagement, Erfahrungen und Mitwirkung gehen verloren, weil Senior*innen mit
735 geringem Einkommen nicht ausreichend unterstützt und gesellschaftliche Teilhabe viel zu
736 häufig durch Barrieren verhindert wird. Wir wollen, dass Berlin ältere Menschen darin
737 stärkt, ihre Erfahrungen einzubringen, und Mitbestimmung ermöglicht. Wir wollen Barrieren

738 abbauen, indem wir nicht nur Gehwege sicher gestalten, sondern lebenslanges Lernen auch im
739 Alter unterstützen und Zugänge zu Sozialleistungen vereinfachen. So schaffen wir eine Stadt,
740 in der Senior*innen nicht mehr isoliert, sondern selbstbestimmt mitten im Leben stehen.

741 Im Alter Selbstbestimmung und Mitwirkung vorantreiben

742 Wir Grüne wollen, dass das Älterwerden in Berlin als vielfältig und aktiv erlebt wird. Daher
743 setzen wir uns für ein positives Altersbild in allen amtlichen Veröffentlichungen ein. Wir
744 stehen Menschen, die Altersdiskriminierung erleben, zur Seite, indem wir das Berliner
745 Antidiskriminierungsgesetz bekannter machen und Betroffene unterstützen. In der Berliner
746 Verwaltung schaffen wir selbst durch flexible Übergänge in die Pension, Teilzeitmodelle und
747 altersgerechte Arbeitsbedingungen gute Rahmenbedingungen für Menschen, die über die
748 Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sein möchten. Langfristig wollen wir das lebenslange
749 Lernen im Alter gezielt fördern, indem wir Umschulungen für ältere Menschen etablieren und
750 eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe für über 75-Jährige starten.

751 Für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft wollen wir die Stimmen älterer Menschen in der
752 Politik stärken. Deshalb werden wir das Senior*innen-Mitwirkungsgesetz weiterentwickeln und
753 Senior*innenvertretungen durch verbindliche Vorgaben zu Beteiligung und Rederechten in den
754 Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) aufwerten und somit sichtbarer
755 machen. Gleichzeitig sorgen wir für eine angemessene finanzielle Ausgestaltung in Form von
756 Fahrtkostenerstattung und Aufwandsentschädigungen. Dabei setzen wir auf vielfältige
757 Perspektiven: Mehr Senior*innen mit Migrationsgeschichte und queere Senior*innen sollen
758 aktiv für die Arbeit in Senior*innenvertretungen angesprochen werden und ihre Sichtweisen
759 miteinbringen.

760 Einsamkeit entschlossen bekämpfen

761 Für uns ist klar: Kein Mensch darf im Alter durch Armut oder fehlende Unterstützung
762 ausgeschlossen und isoliert werden. Altersarmut und die zunehmende Einsamkeit, vor allem in
763 der älteren Generation, sind deshalb zentrale Herausforderungen, denen wir entschlossen
764 begegnen. Wir Grüne sorgen dafür, dass Sozialleistungen ohne Scham und Hürden zugänglich
765 werden. Dafür bauen wir die Sozialberatung in allen Stadtteilen aus, bieten
766 Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen an und sprechen Menschen proaktiv an, um
767 über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu informieren. Kostenlose und
768 kostengünstige Angebote bauen wir aus und stellen sicher, dass Informationen dazu sowohl
769 digital als auch analog leicht zugänglich sind.

770 Wir schaffen Räume für Begegnungen durch generationenübergreifende Treffpunkte in allen
771 Bezirken und die Weiterentwicklung bestehender Begegnungsstätten. Teilhabe muss auch dann
772 möglich sein, wenn Menschen von körperlichen Behinderungen oder demenziellen Krankheiten
773 betroffen sind. Wir fördern den barrierefreien Umbau von Kulturstätten und etablieren
774 Begleitangebote für Senior*innen, um die Teilnahme an kulturellen Angeboten für Menschen in
775 allen Lebenslagen zu ermöglichen. Projekte, die Begegnungen älterer Menschen
776 unterschiedlicher Kulturen unterstützen, wollen wir stärken und bekannter machen. Darüber
777 hinaus starten wir das Pilotprojekt „Älter werden unterm Regenbogen“ nach Hamburger Vorbild,
778 um Verantwortliche für die Bedürfnisse queerer Senior*innen zu sensibilisieren und mit der
779 queeren Community zu vernetzen.

780 Berlin zur altersfreundlichen Stadt machen

781 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Teil des WHO-Netzwerks „Altersfreundliche Städte und
782 Gemeinden“ wird, um von internationalen Vorbildern zu lernen und gleichzeitig sichtbar zu
783 machen, was wir auf dem Weg dorthin bereits erreicht haben. Unser Ziel ist eine Stadt, die
784 auch im Alltag auf der Straße für ältere Menschen da ist – mit ausreichend
785 Trinkwasserbrunnen und schattigen Sitzbänken für heiße Tage sowie guten öffentlichen
786 Toiletten in allen Kiezen. Darüber hinaus etablieren wir das Konzept der „Netten Toilette“
787 berlinweit, um auch sanitäre Anlagen in Restaurants, Cafés und Geschäften für Menschen
788 kostenlos nutzbar zu machen. So gestalten wir eine Stadt, in der öffentliche Plätze, Straßen
789 und Fußgänger*innenzone sichere Orte zum Verweilen werden, nicht nur für Ältere, sondern
790 auch für Kinder, Jugendliche und Familien.

791 Wohnen ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Gerade für Ältere ist es daher
792 wichtig, barrierefreies Wohnen zu ermöglichen und dort zu erhalten, wo es bereits existiert.
793 Deshalb machen wir die Beratung zur altersgerechten Wohnraumanpassung bekannter und schaffen
794 die Rückbauverpflichtung nach einem Auszug ab.

795 Eine altersgerechte Stadt bedeutet auch, dass Menschen sich bis ins hohe Alter frei in der
796 gesamten Stadt bewegen können. Die Nutzung von Bus und Bahn sollte daher auch für ältere
797 Menschen mit kleiner Rente ermöglicht werden. Deshalb setzen wir uns für ein
798 einkommensabhängiges, ermäßigtes Deutschlandticket ein und schaffen so neue Möglichkeiten,
799 unabhängig unterwegs zu sein. Gleichzeitig bauen wir Berlin zur Stadt der kurzen Wege um:
800 Wohnortnahe Versorgung, barrierefreie Gehwege, grüne Plätze und Räume zum Schutz vor Hitze
801 sorgen dafür, dass Menschen unabhängig vom Alter sicher und entspannt unterwegs sein können.
802 Außerdem fördern wir das Projekt der Plauderbänke in den Bezirken, um auch kurze Pausen am
803 Wegesrand zu ermöglichen. So wird Berlin zu einer altersfreundlichen Stadt, die Mobilität,
804 Teilhabe und Lebensfreude für alle Generationen gewährleistet.

805 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 5)

806 Kitagutschein automatisch zum ersten Geburtstag

807 Wir Grüne schaffen niedrigschwelligen und frühen Zugang zur Kita: Alle Familien in Berlin
808 sollen zum ersten Geburtstag ihrer Kinder automatisch einen Kitagutschein mit einem
809 erklärenden Begleitheft in mehreren Sprachen erhalten. Ein beiliegender QR-Code zu
810 wohnortnahen Kitas sowie Terminslots bei einem Familienservicebüro in der Nähe zur
811 Kitaplatzvermittlung und Beratung unterstützen darüber hinaus dabei, den Zugang zu guter
812 frühkindlicher Bildung für alle Familien in Berlin zu vereinfachen.

813 Längeres gemeinsames Lernen für weniger Schulstress – Zahl der 814 Gemeinschaftsschulen verdoppeln

815 Gemeinschaftsschulen sind die Schulen der Zukunft. Wir Grüne wollen ihre Zahl in Berlin
816 verdoppeln. Dabei setzen wir gezielt auf den Campusgedanken: Bestehende Grund- und
817 Oberschulen sollen die Möglichkeit erhalten, gemeinsam zur Gemeinschaftsschule zu werden. So
818 können Kinder vom ersten bis zum letzten Schuljahr gemeinsam lernen.

819 Dieses Modell berücksichtigt nicht nur, dass Schüler*innen in Gemeinschaftsschulen
820 nachweislich bessere Leistungen erzielen, wie zahlreiche internationale Studien zeigen,
821 sondern reduziert auch den Stress des Übergangs von der Grund- zur Oberschule erheblich. Wer

822 eine Gemeinschaftsschule besucht, kann seine gesamte Schullaufbahn an einem Ort verbringen.
823 Alle Gemeinschaftsschulen erhalten dafür eine gymnasiale Oberstufe und zusätzliche
824 Unterstützungsmittel, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden.

825 Integrierte Gesundheitszentren in allen Bezirken

826 Wir Grüne wollen in jedem Bezirk integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die ärztliche,
827 therapeutische, psychosoziale und präventive Angebote unter einem Dach vereinen – so haben
828 alle kurze Wege und die gesundheitliche Versorgung an einem Ort. Besonders für ältere
829 Menschen ist das eine enorme Erleichterung. Dazu gehören aber auch Hebammenversorgung,
830 Suchthilfe, Apotheken, Sprachmittlung und Sozialberatung. Diese Zentren sollen verbindlich
831 in Gesundheitsregionen eingebunden sein und multiprofessionelle Teams beschäftigen, damit
832 Versorgungslücken geschlossen und Angebote vor Ort besser vernetzt werden.